

Urbanität - für die LDP nichts Neues



von Parteipräsidentin Patricia von Falkenstein

Im Gundeli hängt an einer neu renovierten Liegenschaft ein grosses Transparent: „Attraktive Wohnungen für Urbanisten“. Menschen, die hier einziehen werden, wohnen in der Stadt. Sie sind oder werden Stadtbe-wohnerinnen und -bewohner. Sind sie damit auch Urbanisten?

Wo Worte fehlen, da stellt ein Begriff ...

Das weiss man nicht. Genau so wenig wie es klar ist, was Urbanität eigentlich bedeutet. Die klügste aller Webseiten, Wikipedia, sagt dazu: „Der Begriff ist

ein vielschichtiger Gegenstand von Diskursen, Theorien und Konzepten.“ Der grösste aller deutschen Schriftsteller sagt dazu: „Da steh ich nun, ich armer Tor, und bin so klug als wie zuvor.“ Wir wollen hier weder Wikipedia noch Goethe übertreffen. Wir beschränken uns auf die Frage, wie der Begriff „Urbanität“ politisch zu verstehen ist, oder eben halt auch politisch ausgeschlachtet wird.

... zur rechten Zeit sich ein

Für gewisse Parteien ist dieser Begriff, und damit „das Städtische“, ganz offensichtlich neu. Es werden Anliegen formuliert, welche die Städte als Lebensräume aufwerten sollen. Es ist selbstverständlich allen Parteien unbenommen, neue Zielsetzungen zu formulieren, neue Segmente von Wählerinnen und Wählern anzusprechen und entsprechend massenhaft Vorstösse zu lancieren. Auch die Lautstärke der „Begleitmusik“

zu diesen Aktionen ist Sache der einzelnen Parteien, die sich damit in Szene setzen wollen. Die Liberal-Demokratische Partei Basel-Stadt braucht die Urbanität nicht neu zu entdecken. Wir betreiben seit der Gründung vor 113 Jahren eine Politik für die Stadt Basel und ihre Bewohnerinnen und Bewohner. Dabei vergessen wir weder Riehen noch Bettingen, noch unsere Anliegen an den Bund. Städtische Verkehrsthemen waren und sind uns ebenso wichtig wie das Wohnen oder die Gesundheitsversorgung in Basel. Wir setzten und setzen uns für optimale Bedingungen für Wirtschaft und Gewerbe sowie für die Bildung ein. Qualitativ hochstehende Angebote der Schulen, Berufslehren, Gymnasialbildung und der Hochschulen betrachten wir als wichtige Standortvorteile für unsere Stadt. All das tun wir, nicht zuletzt auch mit parlamentarischen Vorstössen, in Basel oder Bern.

Damals Visionäres – heute noch aktuell

Unser ehemaliger Parteipräsident, Grossrat und Nationalrat Martin H. Burckhardt hat als visionärer Architekt und profunder Kenner der Stadtgeschichte wertvolle Ideen zur Stadtentwicklung eingebracht, die zum Teil heute noch aktuell sind. Zum Beispiel hinsichtlich des verdichteten Bauens. Flachdach- und Fassaden-Begrünungen sind von LDP-Vertretern bereits vor 30 Jahren erfolgreich gefordert worden. Verkehrsberuhigungen in Wohnquartieren durch Kanalisierung des Durchgangsverkehrs und Schaffung von Parkraum sind für die LDP ein Daueranliegen. Das Gewerbe und seine Bedürfnisse sind uns wichtig. Liberale Frauen wie Christine Wirz-von Planta haben

Stichentscheid

Mittwoch, 18. April 2018, 18.08 Uhr. Spannung und Dramatik wie selten im ehrwürdigen Grossrats-saal. Die Motion von Dominique König-Lüdin (SP) „Stopp Gundelitunnel“, die der Regierung im Falle der Überweisung jegliches weitere Nachdenken über künftige Lösungen für die Verkehrsprobleme in Basel-Ost verbieten will, hat über Stunden die linken, rechten, fraktionslosen und regierungsrätlichen Gemüter bis zum Siedepunkt erhitzt. Und dann die Abstimmung: Vierundneunzig Grossrats-Finger drücken auf grüne, rote oder weisse Knöpfchen. Und wir erkennen alle am Gesicht des Ratspräsidenten, dass sich etwas Besonderes abzeichnet. Tatsächlich: das Resultat heisst 46 Ja, 46 Nein, 2 Enthaltungen. Remo Gallacchi (CVP) schluckt leer, atmet tief durch und verkündet seinen Stichentscheid: Nein, die Motion nicht überweisen. Betretene rot-grüne Gesichter, erleichterte bürgerliche, und ein schon fast euphorischer SP-Regierungsrat Wessels, der dank diesem bürgerlichen Stichentscheid gegen seine eigene Partei gewonnen hat. So etwas passiert nicht oft und ist Anlass, kurz auf das Thema Stichentscheid einzugehen. Dazu finden sich unzählige gescheite juristische Artikel. Vereine, Verbände und AGs haben das in ihren Statuten geregelt. Dem Nationalrat wird im Art. 80 des Parlamentsgesetzes vorgeschrieben, wie das mit dem Stichentscheid zu laufen hat. Und in Basel? Die Geschäftsordnung des Grossen Rates sagt, dass der Ratspräsident bei den Abstimmungen im Parlament nicht mit abstimmt, aber bei Stimmgleichheit den Stichentscheid hat. Anders in den Grossrats-Kommissionen, dort hat der Präsident oder die Präsidentin doppeltes Recht, er

Inhalt

Urbanität - für die LDP nichts Neues	1
Stichentscheid	1
Wohnschutzinitiativen: 4 x Nein!	2
Vollgeld-Initiative: Nein zum gefährlichen Experiment	4
Glücksspielgesetz: Nein zur untauglichen Vorlage	5
Israelitische Gemeinde Basel: Die Sicherheit der Menschen ist Aufgabe des Staates	6
Wahlkampagnen in Basel: „Pointiert“ oder Plagiat?	7
Liste „ambulant vor stationär“ erhöht Prämien!	7
Jungliberale: Wechsel im Präsidium	8
Riehen: Wahlerfolge bei Gemeinde- und Einwohnerrat	9
Nicole Strahm-Lavanchy neue Präsidentin	9
Weniger Regulierung - mehr Freiheit:	
Regierungsrat nimmt LDP-Vorstösse auf	10
Spannendes LDP-Podium zu „No Billag“	11
Interessanter Anlass für Mitglieder und Freunde:	
Das Kleinbasel - von Bierbrauer(innen), Schelmen und Ganoven	11
Glosse: Der Kanton ist nicht genug	12

die ausserfamiliäre Tagesbetreuung hoch oben auf die Prioritätenliste unserer Partei gesetzt und ehrenamtlich Aufbauarbeit geleistet.

Stärken vorantreiben

Die Stärkung unseres Hochschulstandorts mit der Gründung eines ETH-Instituts wie auch die Fusion der Fachhochschulen von Aargau, Solothurn, Basel-Landschaft und Basel-Stadt zur Fachhochschule Nordwestschweiz, haben wir unserem ehemaligen LDP-Regierungsrat Christoph Eymann zu verdanken.

Die Universität konnte ihre Exzellenz steigern, auch diese Entwicklung ist von Liberalen an der Spitze der Universität wesentlich mitgeprägt worden. Die Entwicklung wird von LDP Regierungsrat Conradin Cramer

in Gegenwart und Zukunft weiter vorangetrieben.

Baslerisches bewahren

Dass darüber hinaus auch alles Baslerische und Liebenswertes unserer Stadt für die LDP wichtig ist, zeigen die enorm vielen ehrenamtlichen Engagements unserer Mitglieder, Mandatsträger und -trägerinnen.

Als LDP ist es uns aber auch ein grosses Anliegen, bei den natürlichen Interessenskonflikten in unserem sehr engen städtischen Raum eine kluge, weitsichtige und vermittelnde Rolle einzunehmen. Das gilt für die Verkehrspolitik genauso wie bei der Frage, ob das Rheinbord Partymeile oder attraktiver Wohnraum sein soll. Genauso bei der Abwägung der Interessen des Gewerbes wie jenen der künftigen Wohn- und

Schulraum-Entwicklung. Die LDP macht seit je her Stadtpolitik. Dazu gehört Quartierpolitik.

Wir machen Stadtpolitik

Unser Grosser Rat ist bekanntlich auch für Aufgaben zuständig, die andernorts von einer Gemeinde wahrgenommen werden. Unsere Grossrätinnen und Grossräte kennen ihr Quartier, kennen unsere Stadt und die Anliegen ihrer Einwohnerinnen und Einwohner. Wir brauchen keine Slogans und Weckrufe, und müssen uns die Urbanität nicht auf die Flagge schreiben. Denn wir leben sie seit vielen Jahrzehnten! Zum Schluss noch dies: Ganz unbescheiden dürfen wir von uns sagen, dass wir die einzige rein urbane Partei in der Schweiz, ohne jegliche Verpflichtungen gegenüber rural-urbanen Mutterparteien, sind!

oder sie stimmt sowohl mit und hat zudem aber auch noch den Stimmentscheid bei Stimmengleichheit. Soweit so gut. Wir Bürgerlichen haben mit Joel Thüring (SVP), dem aktuellen Ratspräsidenten Remo Gallacchi (CVP) und dem Ratspräsidenten in spe Heiner Vischer (LDP) drei Präsidenten in Folge. Wenn wir davon ausgehen, dass erstens die Machtverhältnisse Links-Rechts sehr knapp sind und die jeweiligen Präsidenten Stichentscheide entsprechend der Haltung ihrer bürgerlichen Fraktionen fällen, müssten wir alles daransetzen, jedes Geschäft mit einem Stichentscheid abschliessen zu können. Schön wär's, geht aber natürlich nicht. Denn Politik ist keine exakte Wissenschaft, und viele unberechenbare Faktoren, wie Abweichter, Abwesende, Falschdrückende und so weiter beeinflussen jeweils die Abstimmungsergebnisse. Stichentscheide bleiben rare Ereignisse.

Fraktionspräsident
Michael Koechlin

Wohnschutzinitiativen: 4 x Nein!

Mit gleich vier Initiativen wollen der Basler Mieterverband sowie weitere Organisationen die erfolgreiche und zukunftsgerichtete Wohnpolitik in Basel-Stadt torpedieren. Dagegen muss man sich zur Wehr setzen. Nur mit 4x Nein am 10. Juni können eine Schwächung der bewährten Schlichtungsstelle, ein starker Rückgang von ökologischen Renovationen, mehr Bürokratie und unkontrollierbare Fehlanreize verhindert werden.



von Andreas Zappalà,
Geschäftsführer HEV Basel-Stadt

Am 10. Juni 2018 stimmen wir über vier Wohnschutzinitiativen ab. Um was geht es und wieso sind alle vier Initiativen abzulehnen?

Mieterschutz beim Einzug

Die Initiative verlangt die Einführung der Formularpflicht beim Abschluss eines neuen Mietvertrags, sobald der Leer-

wohnungsstand unter 1,5% fällt. Ein solches Formular braucht es nicht, denn die Anfechtung des Anfangsmietzinses innert 30 Tagen seit Einzug ist bereits heute möglich. Ebenfalls muss der Vermieter den Vormietzins dem neuen Mieter auf Verlangen hin bekanntgeben. Dass die Formularpflicht eine mietspreihemmende Wirkung zeigt, wie dies immer wieder behauptet wird, lässt sich an den Beispielen Zürich, Genf und anderer Städte kaum behaupten. Trotz Formular sind diese Städte Hotspots von hohen Mietzinsen. Die Einführung einer solchen Formularpflicht führt eher dazu, dass die Vermieter die Mieten erhöhen, um den zusätzlichen administrativen Mehraufwand und Leerlauf abzudecken.

Mieterschutz am Gericht

Die Initiative verlangt, dass in Gerichtsverfahren, die ihren

Ursprung bei der Staatlichen Schlichtungsstelle für Mietstreitigkeiten haben, keine Parteienchädigungen zu bezahlen sind und die Gerichtsgebühren auf max. 500 Franken plafoniert

werden. Bereits heute liegen die Gerichtsgebühren bei Mietstreitigkeiten um 70 Prozent tiefer als bei andern zivilrechtlichen Prozessen. Es ist auch nicht einzusehen, wieso derjenige, der zu Unrecht vor den Richter gezogen wird, seine Anwaltskosten auch noch selber bezahlen muss. Nicht von der Hand zu weisen ist schliesslich auch die Tatsache,



Die Co-Präsidenten des Nein-Komitees (v.l.n.r.): Gino Mazzotti, Präsident Wohngenossenschaft Landhof, Patricia von Falkenstein, Präsidentin und Grossrätin LDP, Andreas Biedermann, Präsident SVIT beider Basel, und Katja Christ, Präsidentin und Grossrätin glp.

dass die Annahme der Initiative zu einer Schwächung der Schlichtungsstelle führt. Wieso soll ein Vergleich angenommen werden, wenn man fast kosten- und risikolos prozessieren kann.

Wohnschutzinitiative

Die Kernelemente dieser Initiative sind ein spezieller Schutz für ältere Mietparteien vor Mietzinserhöhungen und Kündigungen bei Wohnungsnot (Leerwohnungsbestand unter 1,5%), wohnpolitische Massnahmen zur Bewahrung des Charakters der Quartiere, des

aktuellen Wohnungsbestands und der bestehenden Wohn- und Lebensverhältnisse sowie eine Bewilligungspflicht und Mietzinskontrolle bei Abbruch und Umbau von bezahlbarem Wohnraum. Die Missbrauchsgesetzgebung im Obligationenrecht gewährt Schutz vor unberechtigten Kündigungen und Mietzinserhöhungen. Ist eine Kündigung rechtmässig, so sind Erstreckungsmöglichkeiten vorgesehen. Es ist also bereits heute bei Weitem nicht so, dass ein Vermieter ältere Mietparteien mir nichts, dir nichts auf die Strasse stellen oder deren

Mietzins massiv erhöhen kann. Zudem birgt die Initiative für ältere Personen Gefahr, auf dem freien Wohnungsmarkt noch schwieriger eine Wohnung zu finden. Schon heute beklagen sich diese, dass sie oft wegen ihres Alters keinen Zugang zu einer Mietwohnung finden. Dieses Problem dürfte sich akzentuieren, wenn diesem Personenkreis ein höherer gesetzlicher Schutz zubilligt wird als anderen Wohnungssuchenden. Wenn eine kantonale Mietzinskontrolle eingeführt wird, besteht auch kein Anreiz mehr, in die Mietwohnungen und Lie-

genschaften zu investieren und diese zu unterhalten. Schwerwiegende Folgen dürfte auch die Forderung haben, dass der Charakter eines Quartiers zu bewahren ist. Eine Erneuerung und Entwicklung kann nicht mehr stattfinden. Der Verdichtung zur Schaffung von neuem Wohnraum, wie dies die offizielle Politik des Regierungsrats darstellt, wäre ein Ende gesetzt. Denn ohne Abbruch oder Veränderung des Quartiers ist eine solche Verdichtung nicht zu erreichen.

Recht auf Wohnen

Während die vorgängig geschilderten Volksinitiativen vom Mieterverband lanciert wurden, rekrutieren sich die Initianten bei dieser Initiative aus dem links-alternativen Spektrum. Sie wollen ein in der Kantonsverfassung verankertes und somit einklagbares Recht auf Wohnen. Dieses Recht soll allen in Basel-Stadt wohnhaften und angemeldeten Personen zukommen. Es beinhaltet einen Anspruch auf einen dem Bedarf entsprechenden Wohnraum, dessen Mietzins oder Kosten die finanzielle Leistungsfähigkeit nicht übersteigen soll. Darunter verstehen die Initianten den Anspruch auf eine Wohnung, die ein Zimmer mehr aufweist, als Personen darin wohnen werden. Suchen also zwei Personen eine Wohnung, so besteht Anspruch auf eine 3-Zimmerwohnung. Diese Wohnung darf auch nicht mehr als 1/3 des Haushaltseinkommens kosten. Auch diese Initiative ist abzulehnen. Mit dem vor rund vier Jahren in Kraft getretenen kantonalen Wohnraumfördergesetz sind die Anliegen der Initianten erfüllt. Der Kanton muss Massnahmen fördern, die geeignet sind, preisgünstigen Wohnraum zu schaffen; dies tut er durch Unterstützung des gemeinnützigen Wohnungsbaus. Zugleich muss er günstigen Wohnraum für besonders benachteiligte Personen bereitstellen. Bei dieser Initiative handelt es sich deshalb um eine ideologische Zwängerei, die eine Sogwirkung haben wird und den „Sozialtourismus“ begünstigt.



Abstimmung vom 10. Juni 2018

Mieter erhalten auch ohne Zwang Auskunft

Seit 1990 besteht die Auskunftspflicht über den Vormietzins. NEIN zum unnötigen Formularzwang durch „Mieterschutz beim Einzug“

www.4xnein.ch



Abstimmung vom 10. Juni 2018

Mieter sind mit ihrem Wohnraum zufrieden

402 Mio. investierte Franken in Bauprojekte sichern die Wohnqualität. NEIN zu verlotterten Wohnungen durch die „Wohnschutzinitiative“

www.4xnein.ch



Abstimmung vom 10. Juni 2018

Mieter vertrauen der Schlichtungsstelle

93% der Streitfälle werden ausssergerichtlich gelöst. NEIN zur teuren Klageflut durch „Mieterschutz am Gericht“

www.4xnein.ch



Abstimmung vom 10. Juni 2018

Mieter können in der Not auf Hilfe zählen

2228 Familien erhalten bereits individuelle Wohnhilfe. NEIN zu Wohnghettos durch „Recht auf Wohnen“

www.4xnein.ch

Vollgeld-Initiative: Nein zum gefährlichen Experiment

Am 10. Juni stimmt die Schweiz über die Vollgeld-Initiative ab. Diese will, dass künftig keine Bank mehr Buchgeld schaffen darf, um Kredite zu vergeben. Sie will der Nationalbank gegen deren Willen die volle Kontrolle über die Geldmenge aufzwingen. Dieses äusserst gefährliche Experiment mit dem Geldsystem ist klar abzulehnen. Nachfolgend die Argumente, entnommen von der Homepage vollgeldinitiative-nein.ch.

Elektronisches Geld soll in Zukunft genauso wie Münzen und Noten zu 100 Prozent durch die Schweizerische Nationalbank (SNB) abgesichert sein. Die Initiative will darum alle Banken verpflichten, Zahlungskonten ihrer Kunden ausserhalb der Bilanz zu führen und das darauf liegende Geld nicht zu investieren. Mit dieser Idee wollen die Initianten Finanzmarktkrisen verhindern und sicherstellen, dass bei einer Bankenpleite keine Guthaben verlorengehen.

Definition Vollgeld

Als «Vollgeld» bezeichnen die Initianten Geld, das als gesetzliches Zahlungsmittel gilt, von der Nationalbank ausgegeben wird und von dieser jederzeit zu 100 Prozent garantiert wird. Diese Bedingungen erfüllt heute nur das Bargeld. Damit unterscheidet sich Vollgeld vom elektronischen Buch- oder Giralgeld, das bei einer Kreditvergabe durch eine Geschäftsbank entsteht. Letzteres will die Initiative verbieten. Dafür soll die Nationalbank künftig auch elektronische

Franken ausgeben. Vollgeld ist also Geld, das die Nationalbank in Umlauf bringt, indem sie es einfach verschenkt. Mit neu geschaffenen Franken kauft sie nicht wie heute Devisen oder Aktien, sondern verschenkt diese an den Bund, die Kantone und an Privathaushalte. Als Gegenwert hat die SNB dann: Nichts. Heute verfügt die Schweiz über ein stabiles und leistungsfähiges Geldsystem und die Guthaben auf den Konten sind sicher. Was die Initianten fordern, wurde noch nie einem Realitäts-Check unterzogen. Kein Land hat sein Geldsystem jemals derart radikal auf den Kopf gestellt. Vergleichbare Ideen werden zwar immer wieder vorgebracht, wurden aber noch nie umgesetzt. Es gibt schlicht keinen Grund, ein bewährtes System völlig umzukrempeln und dabei Kopf und Kragen zu riskieren.

Die Schweiz als Versuchskaninchen

Hinter der Vollgeld-Initiative steht eine Bewegung, die in 25 Staaten aktiv ist, insbesondere

in Deutschland. In den meisten Ländern findet die Idee kaum Widerhall. Anders in der Schweiz: Dank kräftiger Unterstützung der ausländischen Schwesterorganisationen ist es dem Verein MoMo gelungen, die nötigen Unterschriften für eine Volksabstimmung zusammenzubringen. Ein wichtiges Ziel der Initiative ist es, der Debatte auch international zu mehr Aufmerksamkeit zu verhelfen. Manche ausländische Vollgeld-Anhänger stehen offen dazu, dass ihnen die Schweiz als Versuchsfeld dienen soll. Besonders stossend ist, dass diese Personen die einschneidenden Konsequenzen gar nicht selbst tragen müssen. Oder anders gesagt: Die Schweiz soll als Versuchskaninchen dienen. Und wenn es schiefgeht, sind viele der Verantwortlichen weit weg.

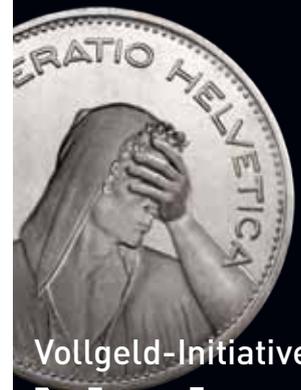
Ein Eldorado für Spekulanten

Selbst kleine geldpolitische Reformen werden üblicherweise geheim gehalten und erst am Stichtag bekannt gegeben. Denn jeder Zentralbankdirektor weiss, dass er sonst den Spekulanten Tür und Tor öffnet. Die Vollgeld-Initiative verlangt nun einen geldpolitischen Totalumbau mit Ansage. Ein grösseres Geschenk kann man den Geldspekulanten gar nicht machen. SNB-Präsident Thomas Jordan bringt es auf den Punkt: „Die Schweiz hätte ein unerprobtes Finanzsystem, das grundlegend anders wäre als diejenigen in allen anderen Ländern. Dies würde schon vor der Umsetzung für grosse Unruhe an den Finanzmärkten sorgen.“

Keine Zinsen für Sparer

Bankkonten, die heute für den Zahlungsverkehr genutzt werden, sind sogenannte Sicht- oder Girokonten. Die Bank

riskant, teuer,
schädlich



Vollgeld-Initiative
Nein.

www.vollgeldinitiative-nein.ch

verbucht Ein- und Auszahlungen, das Geld ist (so lange es nicht am Schalter oder Bancomaten bezogen wird) nur in digitaler Form vorhanden. Mit den Sichtguthaben kann die Bank arbeiten, Gewinne erzielen und den Sparernden einen Zins auszahlen. Die Vollgeld-Initiative schreibt nun aber vor, dass diese Art von Konto verboten wird. Alle Konten für den Zahlungsverkehr sollen in Vollgeld-Konten umgewandelt werden. Die Bank muss diese ausserhalb ihrer Bilanz führen und darf das Geld nicht anrühren. Das führt zu höheren Gebühren und einem Wegfall der Zinsen für die Sparer. Eine aktuelle Untersuchung zeigt, dass mit Vollgeld pro Jahr rund 6,5 Milliarden Franken weniger Zinsen an die Kontoinhaber ausbezahlt würden.

Kreditvergabe wird teurer

Im Vollgeld-System darf eine Bank nicht mehr so wie heute Kredite vergeben. Heute bewilligt die Bank einen Kreditantrag, nachdem sie die finanziellen Verhältnisse des Kunden geprüft hat. Sie schreibt das Geld anschliessend auf seinem Konto gut und schafft damit neues Buchgeld. Die Vollgeld-Initiative will dies nun verbieten. Die Guthaben auf den Vollgeld-Konten (z. B. Lohnkonti) dürfte eine Bank nicht mehr für die Kreditvergabe verwenden. Sie würde somit anderes Kapital



Vollgeldinitiative: Ein hochriskanter Sprung ins Ungewisse.

benötigen (z. B. von investitions-willigen Sparern). Allerdings gibt es heute viel mehr Kredite als Spargelder. Damit Angebot und Nachfrage wieder im Gleichgewicht sind, müssten die Banken die Spar- und Kreditzinsen vermutlich stark anheben. Die Bevölkerung würde einerseits mehr sparen. Andererseits würde sie weniger Kredite beziehen können, da diese dann teurer sind. Diese Kreditklemme würde vor allem kleine Einkommen treffen – denn die Banken wür-

den die knappen Kredite zuerst den gut abgesicherten Kundinnen und Kunden geben, um das Risiko möglichst klein zu halten.

Weniger Investitionen, höhere Mieten

Wenn Kredite knapper und teurer werden, dann können die Unternehmen nicht mehr im selben Umfang investieren. Darunter leiden insbesondere die KMU: Sie beziehen heute 89 Prozent des Gesamtvolumens

aller Geschäftskredite in der Schweiz, haben in den meisten Fällen aber keinen Zugang zu internationalen Finanzierungsmöglichkeiten. Wenn sie also investieren und damit neue Arbeitsplätze schaffen möchten, werden sie durch Vollgeld gebremst. Ein solches System dient niemandem. Von einer Kreditverknappung wäre letztlich die gesamte Schweizer Wirtschaft betroffen und damit auch der Wohlstand und die Innovationskraft der Schweiz.

Wenn sinnvolle Investitionen durch ein Vollgeld-System verzögert oder gar verunmöglicht werden, trifft dies auch fast alle Bevölkerungsgruppen. Etwa bei den Wohnkosten: Teurere Hypothekarkredite belasten nicht nur, wer ein Eigenheim besitzt. Betroffen wären auch alle Mieterinnen und Mieter, denn weniger Bauinvestitionen bedeuten weniger Wohnungen. Und wenn Immobilien grundsätzlich teurer werden, steigen über kurz oder lang auch die Mieten.

Glücksspielgesetz: Nein zur untauglichen Vorlage

Den „weltweit strengsten Schutz“ vor Geldwäsche, Spielsucht und Betrug will das neue Gesetz laut seinen Befürwortern erreichen. Diesen Anspruch verfehlt die aktuelle Vorlage aber fast vollständig. Die vorgesehenen Netzsperrungen gegen ausländische Anbieter können kinderleicht umgangen werden. Trotzdem würde das Gesetz im Falle seiner Annahme einen gefährlichen Präzedenzfall darstellen. Andere Branchen, die ebenfalls gerne „Heimatschutz“ beanspruchen würden, könnten auf das Beispiel dieses Gesetzes zu Gunsten der inländischen Casinos verweisen.



von Grossrat André Auderset

Das neue Gesetz hält fest am System mit staatlichen Konzessionen, bringt aber auch wesentliche Neuerungen: So können die konzessionierten Spielbanken Geldspiele auch im Internet anbieten. Zudem sind kleine Pokerturniere ausserhalb von Spielbanken mit entsprechender Bewilligung künftig erlaubt.

Heimatschutz mittels Zensur

Eine sehr spezielle Neuerung sind die geplanten Netzsperrungen: Das Geldspielgesetz will Anbieter ohne Schweizer Bewilligung im Internet vom Schweizer Markt fernhalten. Dafür sieht es Zugangssperren vor. Vor allem dieser Punkt, der einer Zensurmaassnahme gleichkommt, hat etwa die bürgerlichen

Jungparteien – auch die Basler Jungliberalen, zum Referendum motiviert. Die Befürworter argumentieren damit, dass das Geldspielgesetz den weltweit strengsten Schutz vor Spielsucht, Geldwäscherei und Betrug sicherstellt und garantiert, dass die Erträge aus den Geldspielen gemeinnützigen Zwecken sowie der AHV/IV zufließen. Auch bezahlen die Online-Anbieter in der Schweiz weder Steuern noch Abgaben für die Gemeinnützigkeit.

Für ein freies Internet

Dies ist gut gemeint, rechtfertigt aber nicht Eingriffe wie die Netzsperrungen. Die Schweizer

Volkswirtschaft profitiert in besonderem Mass von einem frei zugänglichen Internet. Die Sperrung von ausländischen Internetseiten zum Schutz einheimischer Marktteilnehmer ist wirtschaftlich unvernünftig. Zudem schafft man einen gefährlichen Präzedenzfall, der weiteren Eingriffen in die Freiheit des Internets Tür und Tor öffnet und all jenen Bestrebungen als Beispiel dient, die unliebsame Konkurrenz im Internet einfach aussperren wollen.

Dabei liegt eine sinnvolle Lösung auf der Hand: Das ausländische Online-Angebot sollte wie etwa in Dänemark integriert und die entsprechenden Unternehmen sollten reguliert und

besteuert werden. Damit sichert man die wichtigen Einnahmen für gemeinnützige Zwecke.

Untaugliche Netzsperrungen

Netzsperrungen lassen sich mit wenigen Klicks umgehen und sind somit praktisch wirkungslos, wenn es darum geht, ausländische Angebote für die Schweiz zu blockieren. Das eigentliche Regulierungsziel wird also nicht erreicht. Zur Umgehung von Netzsperrungen nutzen Anwender häufig ausländische Unternehmen, welche die Datenpakete dann an den gewünschten Zielort vermitteln. Dadurch können aber Schweizer Internetprovider nicht mehr Qualität und Sicherheit im gleichen Masse garantieren. Weiter sind Netzsperrungen ungenau und führen fast zwangsläufig zur Sperrung von unbeteiligten Webseiten, Unternehmen oder Anbietern (Overblocking). Damit werden auch legitime Inhalte, Angebote oder Dienstleistungen für Schweizerinnen und Schweizer nicht mehr erreichbar.



Israelitische Gemeinde Basel: Die Sicherheit der Menschen ist Aufgabe des Staates

Aufgrund der Weltlage und Vorkommnissen in anderen Ländern ist es leider eine Tatsache: Jüdische Institutionen brauchen verstärkte Schutzvorkehrungen. Dies ist teuer und kann von den Institutionen selbst oft nur schwer oder gar nicht getragen werden. Staatliche Mittel dazu einzusetzen ist angezeigt, denn die öffentliche Sicherheit und die Sicherheit der Menschen, die hier leben, sind klar Aufgaben des Gemeinwesens. Trotz diversen Vorstössen in diese Richtung ist Basel-Stadt bislang nicht bereit, diese Aufgabe wirklich zu übernehmen oder zumindest angemessen zu finanzieren.



von Philip Karger, LDP-Vorstandsmitglied und Sicherheitsverantwortlicher der IGB

Seit gut fünf Jahren steigen die Sicherheitsausgaben der Israelitischen Gemeinde Basel (IGB) und auch aller anderen jüdischen Institutionen jährlich stark an. Im Moment belaufen sich die Kosten der jüdischen Gemeinde und Institutionen auf ca. CHF 800'000. Diese enormen Kosten, die für die IGB mehr als ein Fünftel des Gesamtbudgets

ausmachen, tragen die Institutionen bis jetzt vollumfänglich selbst. In Basel-Stadt gibt es nicht wie in anderen Kantonen ein „Kässeli“, aus dem die Kosten ganz oder teilweise gedeckt werden. Die IGB hat auch nicht wie die Gemeinde in Bern das Glück, gleich neben der amerikanischen Botschaft zu sein und so von deren Schutzmassnahmen mitprofitieren zu können.

Unbestrittener Sonderfall

Dass die jüdischen Gemeinden in der Schweiz einen speziellen Schutz benötigen, ist inzwischen vom Bund und den meisten Kantonen unbestritten. So plant der Bund eine gewisse Unterstützung und fordert die Kantone auf nachzuziehen. Gerade Basel ist einerseits mit seiner Grenznähe und andererseits so quasi als Gründer-Stadt Israels besonders bedroht. Man erinnere sich

an den berühmten Satz von Theodor Herzl: „In Basel habe ich den Judenstaat gegründet“. Viele Israel-Feinde erinnern sich ebenfalls an diesen Satz und haben Basel speziell auf dem Radar. Anders als 1897, als Herzl in Basel mit offenen Armen empfangen wurde - Sicherheitsmassnahmen waren noch nicht nötig - tut sich der Kanton heute schwer mit dem Schutz der jüdischen Institutionen.

Grosser Rat bodigt LDP-Vorstösse

Bereits am 8. Februar 2017 reichte die Parteipräsidentin der LDP Patricia von Falkenstein ein vorgezogenes Budgetpostulat ein „betreffend Kosten der Sicherheitsvorkehrungen für Institutionen und Angehörige der jüdischen Gemeinde Basel“. Dieses wurde am 13. Dezember 2017 von einer grossen Mehrheit

Vielen Dank an die LDP

Wie sie im nebenstehenden Artikel lesen können, hat die LDP einen grossen politischen Druck auf die Regierung und den Grossen Rat ausgeübt. Ohne diesen Druck wären wir heute nicht an dem Punkt, wo wir jetzt sind. Bereits früher konnten wir uns als Jüdische Gemeinde immer auf das Verständnis der LDP verlassen und auf die grosse Unterstützung zählen. Der Partei und Ihren Mitgliedern auf diesem Wege herzlich zu danken ist mir ein sehr grosses Bedürfnis und ich nutze diese Seite des LIBERAL sehr gerne dazu. Die Unterstützung der IGB durch die nichtjüdische Bevölkerung, sei dies politisch vor allem durch die LDP und auch finanziell durch private und kirchliche Institutionen macht uns Mut unseren Weg weiterzugehen. Wir hoffen, dass wir nicht zuletzt durch diese Unterstützung weiterhin eine aktive Gemeinde in Basel betreiben können und so zur Vielfalt der Menschen im Kanton Basel-Stadt beitragen.

Guy Rueff
Präsident der IGB

des Grossen Rats abgelehnt. Der Vorsteher des zuständigen Departments, Baschi Dürr, befürchtete ein Präjudiz und brachte weitere Argumente gegen eine Kostenbeteiligung vor. Das nächste Budgetpostulat im Februar 2018 kam mit Unterstützung der LDP von Toni Casagrande (SVP) und forderte mehr Personal bei der Polizei, um einen höheren Schutz unter anderem der IGB zu gewährleisten. Dieses Postulat wurde mit einer noch grösseren Mehrheit des Grossen Rats abgelehnt. Am 21. März 2018 reichte der Fraktionspräsident der LDP Michael Koechlin eine Interpellation betreffend Schutz der Israelitischen Gemeinde Basel ein. In seiner Antwort sagte Dürr, man sei im Gespräch mit dem Bund und der IGB und suche nach Lösungen zum Schutz der Israelitischen Gemeinde Basel. Koechlin erklärte sich als teilweise befriedigt. Inzwischen hat die Justiz-, Sicherheits- und



Auch ihr Schutz ist teuer: Synagoge in Basel.

Sportkommission des Grossen Rats mit den LDP-Mitgliedern Jeremy Stephenson und René Häfliger eine Motion in Sachen Unterstützung der jüdischen Gemeinden eingereicht. Erste Gespräche zwischen IGB und JSD haben bereits stattgefunden und wir von der IGB haben eine Kehrtwende feststellen können. Der Kanton will jetzt bei den enormen Kosten

helfen und hat eine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen. Leider kommen diese neuen Zeichen so spät, dass die IGB im grossen Masse sparen muss, ist doch noch nicht klar, was der Kanton und eventuell der Bund für Massnahmen abdeckt und wie hoch der Unterstützungsbetrag dann sein wird. So müssen wir in der IGB radikale Massnahmen wie die Reduktion des

Personals und die Schliessung der Gemeinde am Sonntag genauso umsetzen wie wir viele kostenlose Angebote wie zum Beispiel Synagogenführungen nur noch gegen Bezahlung der Sicherheitskosten durchführen können. Wir hoffen jetzt mit der neugeschaffenen Arbeitsgruppe und dem gleichzeitig anerkannten Schutzbedürfnis der Juden von Basel eine schnelle und

gute Lösung zu finden und so einige der schmerzvollen Sparmassnahmen wieder lockern zu können. Es ist zu hoffen, dass wir schnell genug zu Lösungen kommen, so dass zumindest das Budget der IGB ab dem Jahr 2019 eine hohe Entlastung erfährt. Noch schöner wäre es natürlich rückwirkend einen Anteil unserer Sicherheitskosten vergütet zu bekommen.

Wahlkampagnen in Basel: „Pointiert“ oder Plagiat?

Die Wahlkampagnen der verschiedenen Parteien werden von den jeweils dafür Verantwortlichen mit Argusaugen beobachtet, analysiert, diskutiert - und auch ungeniert kopiert! Da fällt zum einen auf, dass seit einiger Zeit fast alle Parteien irgendwie „liberal“ sein wollen. Für das Original und die älteste Basler Liberale Partei natürlich eine Herausforderung. Und diese wird nicht kleiner, wenn dazu noch unsere Slogans mehr oder weniger abgekupfert werden.



von Christine Wirz-von Planta, LDP-Wahlkampfleiterin

Pikiert haben wir etwa auf unseren Slogan „Liberal. Demokratisch. Pointiert!“ in den letzten Wahlkampagnen verzichtet, nachdem verschiedentlich Vertreter anderer Parteien plötzlich auch „pointiert“ aufgetreten sind. Irritiert hat uns auch der Slogan der FDP.Die Liberalen, welcher gänzlich ohne politische Aussage daherkommt: „Wählen Sie das Original“. Wer möchte schon eine Fälschung oder ein Plagiat wählen? Auffallend dabei ist, dass das Erscheinungsbild der Wahlkampagne und der Homepage der FDP.Die Liberalen sich besonders in der Farbgebung, aber auch gestalterisch derjenigen der LDP laufend annähert und die Frage „Wer ist nun eigentlich das zu wählende Original?“ an Bedeutung gewinnt. Es wird sich kaum um eine Schützenhilfe für die LDP

gehandelt haben, oder doch? Aus dem Slogan der LDP bei den Bürgergemeinderatswahlen vom Oktober 2017 „Frauenpower“ wird bei der FDP.Die Liberalen bei den Einwohnerratswahlen 2018 „Frauen mit Power“. Dass der seit langem eingesetzte Button der LDP nun auch von der FDP – und der GLP – aufgenommen wurde, mag Zufall sein; dass dieser Button in derselben blauen Farbe daherkommt, jedoch weniger!

Polit- oder Matratzen-Werbung?

Die Slogans der Flyer für die Einwohner- und Gemeinderatswahlen in Riehen hatten es in sich: Die SP wirbt mit „Riehen kann mehr“, die Grünen/Basta! mit „Riehen weiter denken“. Die EVP mit „Guet läbe in ganz Riehen“ unterscheidet sich von der CVP, die mit „Den Mittelstand stärken – CVP wählen“ nur einen Teil der Bevölkerung berücksichtigt. Die SVP mit „Verantwortungsvoll, klar bürgerlich, konsequent“ präsentiert sich in altbewährter Manier. Den Vogel abgeschossen hat jedoch die EDU mit einer Aufnahme von nackten Füßen, die an eine bekannten Matratzenwerbung erinnert! Wir Liberaldemokraten bildeten die originellere und sinnige

Ausnahme mit „10,86 km2, 278 MüM, Lebensfreude! Tut Riehen gut“.

Dass auch Christine Kaufmann Riehen gut tut, war in einer fetten Überschrift in der Rieher Zeitung nachzulesen. Generell ist festzuhalten, dass es für jede Partei angemessener wäre, eine auf sie zugeschnittene Wahlkampagne zu gestalten und sich damit eine eigene Identität zu geben.

Liste zählt, nicht Plakat

Die Hauptsache ist und bleibt die optimale Zusammensetzung der Listen. Dabei gebührt allen Kandidierenden auf der LDP Liste 3 grosser Dank für die zusätzlich erworbenen und gewonnenen Stimmen, die ausschlaggebend waren für die erfreulichen Resultate. Und die schier unglaubliche Folge guter Resultate der LDP bei den vergangenen Nationalrats-, Regierungs-, Grossrats-, Bürgergemeinderats- und der Einwohnerrats- und Gemeinderatswahlen in Riehen vom 3. Hornig sind der beste Beweis dafür: In erster Linie kommt es auf die Kandidierenden, ihren Einsatz und ihre liberale Haltung an, die vom Souverän geschätzt und entsprechend mit Stimmen belohnt wird.

Liste „ambulant vor stationär“ erhöht Prämien!

Der Regierungsrat hat ohne Einbezug der Leistungserbringer und der Versicherer eine Liste der ab 1.7.2018 gültigen zwingend ambulant durchzuführenden Eingriffe erstellt. Eine diesbezügliche Sitzung mit den Leistungserbringenden wurde erst nach Festsetzung der Liste vereinbart. Dies hat LDP-Grossrat Felix Eymann zu einer Interpellation motiviert. Die ambulant zu erbringenden Leistungen seien – ohne eine entsprechende Tarifierung – nicht kostendeckend und würden zu erheblichen Verlusten bei den Leistungserbringern, darunter auch das Universitätsspital führen, argumentiert er. Die ambulanten Leistungen würden nicht dual finanziert und führten so zwangsläufig zu einer Prämiensteigerung für die Versicherten. Der Interpellant fragt deshalb den Regierungsrat, warum die Leistungserbringer, staatliche und private, nicht in die Entscheidung einbezogen wurden und ob sich die Regierung bewusst sei, dass ohne eine neue Tarifierung der ambulanten Eingriffe ein Defizit bei allen Leistungserbringern entstehen wird. Eymann wirft dem Regierungsrat vor, die Partner im Gesundheitswesen durch dieses „selbstherrliche Vorgehen“ zu brüskieren und stellt die Frage, warum die Regierung bei den Verhandlungen mit den Kassen nicht eine Dualfinanzierung für ambulante Eingriffe angeboten oder eine Tagespauschale für Tageseingriffe angestrebt habe.

Jungliberale: Wechsel im Präsidium

Michael Hug tritt nach vier Jahren als Präsident der Jungliberalen Basel - zusammen mit Vizepräsidentin Diana Blome sowie Vorstandsmitglied Lukas Hug - zurück. Nach langjährigem Engagement übergibt der scheidende Präsident die Führung einer überaus aktiven und wiedererstarkten Partei an seinen Nachfolger Benjamin Grob.



von Michael Hug,
Präsident Jungliberale

An der Generalversammlung vom 12. April 2018 kam es gleich zu mehreren Veränderungen im Vorstand der Jungliberalen Basel. Beisitzer und ehemaliger Kassier Lukas Hug, Vizepräsidentin Diana Blome und Präsident Michael Hug haben nach langjährigem Engagement ihre Ämter abgegeben.

Altersbedingter Entscheid

Der Entscheid fiel aufgrund des Alters der drei Mitglieder,

denn man wolle den jüngeren Parteimitgliedern die Möglichkeit geben, sich im Vorstand einzubringen. Alle drei werden der Partei weiterhin als Mitglieder erhalten bleiben, sich aber zusätzlich prioritär in der Mutterpartei LDP einbringen, bei welcher Michael Hug aktuell als Vize-Präsident amtiert.

Als Nachfolger von Michael Hug wurde Jurastudent Benji Grob gewählt, der sich über Jahre als Vorstandsmitglied mit grossem Engagement bewiesen hat. Diana Blome wurde durch Emélie Dunn, welche auch Jura studiert und bereits im Vorstand war, ersetzt.

JLB erfolgreich positioniert

Dass die Jungliberale Partei sich innerhalb der letzten Jahren erfolgreich positionieren konnte, zeigte sich auch bei den sehr gut verlaufenen Grossratswahlen, wo Diana Blome wie auch Michael Hug unter den ersten

Nachrückenden in den Wahlkreisen Riehen und Grossbasel-Ost sind.

Unter dem Präsidium konnten die Jungliberalen mehrere Erfolge verbuchen und sich vor allem ein neues Gesicht verschaffen. Unter den zahlreichen politischen Aktionen sind folgende speziell zu nennen:

Wohnungsnot von Studierenden

Um auf die Wohnungsnot von Studierenden aufmerksam zu machen wurde medienwirksam ein Schiffscontainer vor die Uni gestellt, mit der Forderung, dass die Regierung sog. Wohncontainer für die Studierenden zur Verfügung stellen soll.

Die medial stark beachtete Aktion vertraten die Jungliberalen gleich mit drei junge Frauen - und dies ohne Einführung von Geschlechterquoten wie in staatsnahen Betrieben.

Dass die Jungliberalen im Vorstand – auch hier ohne Quoten – mehr als 50% Frauenanteil aufweisen, beweist einmal mehr die liberale Meinung, dass Frauen durch fachliche und persönliche Kompetenzen in Ämter kommen sollen.

Zweirad-Initiative zeigte Wirkung

Die Zweiradinitiative, die zusammen mit den anderen bürgerlichen Jungparteien eingereicht werden konnte, hatte die gewünschte Wirkung. Der Grosse Rat beschloss eine Gesetzesänderung, nach der auch in Zukunft Zweiräder in Basels Strassen, Plätzen und Gassen gebührenfrei parkiert werden können.

Damit war der Weg frei, die Initiative zurückzuziehen. Und gerade der Roller, der vielen Studierenden als perfektes Mittel zur stadtgerechten Fortbewegung gilt, bleibt damit von

Parkvignetten oder ähnlichen Gebühren befreit.

Einsatz für den Bildungs- Standort...

Die Jungliberalen haben sich immer für die Interessen eines überregionalen Bildungsstandorts Basel eingesetzt. Gegen die drohenden Sparmassnahmen wurden bürgerliche Politiker aus dem Landkanton mittels Postkarten auf welchen ihre einstigen wörtlichen Zusicherungen zur Uni zitiert wurden, gemahnt. Später wurde eine Petition gegen den Zahlungsstopp von Basel-Landschaft an die Uni Basel lanciert.

...und gegen Clubsterben

Weiter setzte die Partei starke Zeichen für weniger strikte Richtlinien im Bereich von Gastro- und Musiklokalen. So forderten die Jungliberalen im Zuge des „Clubsterbens“ eine spezielle Ausgangszone mit gelockerten Vorschriften, sowie die Bewilligung für Foodtrucks und von sonstigen neuartigen Verpflegungskonzepten.

Wörtlich mit Herzblut

Dass bei der Partei nicht nur leer geredet wird, sondern auch Taten folgen, konnte bei der Aktion „Herzblut, statt blutleere Versprechen“ unter Beweis gestellt werden. So starteten die Jungliberalen während der Wahlkampfzeit einen Aufruf, dass nicht nur - wie es in dieser Zeit Konjunktur hat - leere Versprechungen gemacht werden, sondern aktives solidarisches Handeln mittels einer Blutspende propagiert wird.

Die Partei ist sehr gut aufgestellt. Sie verfügt über sehr motivierte Mitglieder, eine gute Präsenz in den sozialen Netzwerken, gesunde Finanzen und ist gut vernetzt. Zudem ist der Austausch mit der Mutterpartei wieder stark intensiviert worden. Nach dem Beitritt zu den Jungfreisinnigen Schweiz wurden die Einflussmöglichkeiten auch auf nationaler Ebene ausgebaut. Kurz: die Jungliberalen werden wahrgenommen und sind aktiv!



Der neue Präsident der Jungliberalen Benji Grob.

Riehen: Wahlerfolge bei Gemeinde- und Einwohnerrat

Die Wahlen in Riehen können aus Sicht der LDP als Erfolg auf der ganzen Linie bezeichnet werden. Der Sitz im Gemeinderat konnte mit Daniel Hettich als neuem Kandidaten für den zurückgetretenen Christoph Bürgenmeier verteidigt werden. Die Fraktion der LDP im Einwohnerrat legte sogar um einen Sitz zu.

Die Ziele für die Wahlen 2018, die wir uns mit der neu zusammengestellten Wahlkommission steckten, waren hoch. Selbstverständlich galt es, den Liberalen Gemeinderatssitz zu verteidigen, nachdem unser Gemeinderat Christoph Bürgenmeier seinen Verzicht auf eine Wiederkandidatur bekannt gegeben hatte. Auch eine Vergrößerung der Liberalen Fraktion im Einwohnerrat war schon lange ein erklärtes Ziel. Beides konnte erreicht werden, was keinesfalls selbstverständlich ist.

Allianz funktionierte

Bei den Gemeinderatswahlen schlossen wir uns mit den anderen bürgerlichen Parteien zu einer gemeinsamen Allianz zusammen. Nach vielen Aktionen im Dorf und verschiedensten Medienauftritten konnte schon im ersten Wahlgang ein sensationeller Erfolg verbucht werden. Für mich persönlich, insbesondere als Neuling, war die Wahl bereits im ersten Wahlgang an dritter Stelle natürlich eine grosse Freude und Belohnung. Ich war eigentlich am Wahltag nicht nervös, doch als ich dann das gute Resultat auf der Leinwand sah, lief es mir schon kurz kalt den Rücken hinunter. Es brauchte dann auch einige Tage, bis ich verstand, was wir gemeinsam erreicht haben.

Krimi im 2. Wahlgang

Der zweite Wahlgang mutierte dann zum richtigen Krimi. Bei einem sehr knappen Resultat wurde auch der letzte bürgerliche Kandidat noch in den Gemeinderat gewählt. So sind nun alle grossen Parteien in Riehens Regierung vertreten.

Hervorragende Liste

Dass wir unser Ziel auch bei den Einwohnerratswahlen erreichen konnten, ist zweifellos einer hervorragenden Liste mit engagierten und kompetenten Kandidatinnen und Kandidaten zu verdanken. Dank professioneller Unterstützung konnten wir mit einem umfassenden Wahlkampf mit hoher Präsenz an unseren Wahlständen, einer hervorragenden Plakat- und Inseratenkampagne und gut gestalteten Medienauftritten der Kandidatinnen und Kandidaten, unsere Themen den Wählern



Claudia Schultheiss ist höchste Riehenerin! An der ersten Sitzung des Einwohnerrates wurde Claudia Schultheiss-Bühlmann (hier neben Fraktionspräsident Thomas Strahm) zur Einwohnerratspräsidentin für die nächsten zwei Jahre gewählt! Herzliche Gratulation!

näherbringen. Am Wahltag zeigte sich, dass sich unser Einsatz gelohnt hatte und wir im Einwohnerrat einen Sitz dazu gewinnen konnten. Ich möchte

an dieser Stelle allen danken, die sich für die Stärkung der Liberalen Stimme im Parlament eingesetzt haben.

Daniel Hettich

Nicole Strahm-Lavanchy neue Präsidentin



Die Mitglieder der Liberal-Demokratischen Partei Riehen/Bettingen haben an ihrer ordentlichen Generalversammlung 2018 den Vorstand für die kommenden vier Jahre neu besetzt. Mit der neuen Präsidentin Nicole Strahm-Lavanchy wurden nebst den Bisherigen Andreas Hupfer und Andreas Künzi weitere sechs neue Vorstandsmitglieder gewählt: Sandra Brettenthaler, Dr. Noëmi Crain Merz, Daniel Hettich (Gemeinderat und Grossrat), Ursina Kissling, Dr. Claudia Schultheiss (Einwohnerrätin) und Dr. Heiner Vischer (Einwohnerrat und Grossrat). Der neugewählte Vorstand tritt seine Aufgabe per sofort an. Die LDP Riehen/Bettingen gratuliert allen Neu- und Wiedergewählten ganz herzlich und dankt den abtretenden Vorstandsmitgliedern, darunter dem bisherigen Präsidenten David Schweizer, sowie den nicht mehr zur Wahl angetretenen Gemeinderat Christoph Bürgenmeier und Einwohnerrat Peter Zinkernagel für ihren Einsatz für die LDP. Die offizielle Verabschiedung der beiden Mandatsträger findet zu einem späteren Zeitpunkt statt.

Weniger Regulierung - mehr Freiheit: Regierungsrat nimmt LDP-Vorstösse auf

Gleich mit zwei Motionen war die LDP-Fraktion im Grossen Rat in den letzten Wochen erfolgreich. André Auderset forderte in seinem Vorstoss, dass aussenstehende Wärmepumpen ohne übertriebene Bewilligungshürden aufgestellt werden können. René Häfliger verlangte in seiner Motion, dass der City-Bus künftig auch die wirklich touristisch interessanten Punkte in der Stadt anfahren kann. Die Motionen wurden mit grossem Mehr an den Regierungsrat überwiesen - und dieser beantragt nun in seinen Berichten, die Motionen für rechtlich zulässig zu erklären und ihm zur Erfüllung der Anliegen erneut zu überweisen.

Das neue Energiegesetz im Kanton Basel-Stadt hat unter anderem zum Ziel, im Heizungsbereich eine möglichst rasche und umfassende Dekarbonisierung zu erreichen. Öl- und Gasheizungen sollen durch Wärmegewinnung ohne fossile Brennstoffe ersetzt werden, wenn dies wirtschaftlich zumutbar, d. h. ohne Mehrkosten, erreichbar ist. Eine Möglichkeit dieses Heizungersatzes sind Luft-Wasser-Wärmepumpen, die mit reiner Naturwärme laufen (s. Bild rechts). Sie erzeugen aus einem Teil Strom bis zu fünf Teile Wärme und sind damit anderen Lösungen wie Erdsondenwärmepumpen oder Pelletheizungen in Sachen Ökologie und Effizienz ebenbürtig.

Hohe Hürden erschweren

Während solche Heizsysteme im Kanton Basel-Landschaft seit

längerem zum Standard gehören und ohne grosse Umtriebe erstellt werden können, ist in Basel-Stadt für ein System mit aussen aufgestellter Wärmepumpe ein umfangreiches Baubewilligungsverfahren notwendig. Dies verhindert in vielen Fällen ein Weiterverfolgen eines solchen Projekts, da die hohen administrativen Hürden für massive Mehrkosten, ebensolchen Zeitverlust und Unsicherheit über den Ausgang des Verfahrens sorgen.

Gutes Beispiel BL

Im Kanton Basel-Landschaft dauert es laut Aussagen eines Fachmanns rund eine Woche, um eine Luft-Wasser-Wärmepumpe zu planen und zu installieren. In Basel-Stadt müssen mehrere Monate und unzählige Behördenkontakte eingeplant werden, in denen zum Schluss

noch über die Frage diskutiert wird, ob die Pumpe grün angemalt werden muss.

Liberaleres Verfahren

Auderset forderte deshalb in seiner Motion, dass die Wärmepumpentechnik mit liberalen Gesetzesvorgaben gefördert wird. Insbesondere ist auf das Erfordernis eines Baubewilligungsverfahrens analog ähnlich dimensionierter Bauten (z.B. Velounterstände) und wie im Kanton Basel-Landschaft zu verzichten. Allenfalls kann statt des Bewilligungs- ein Meldeverfahren eingeführt werden. Die Änderungen sollen auf spätestens 1. Januar 2019 in Kraft treten. Die kantonalen Lärmschutzvorschriften und die Regelungen betreffend Grenzabstände gelten selbstverständlich auch für aussenstehende Wärmepumpen.



Touristenbus auf Abwegen

Ähnlich unnötig reguliert ist der City-Bus, der seit April 2016 Bus-Rundfahrten in Basel anbietet. Anscheinend besteht ein Bedürfnis: Innert 12 Monaten konnten über 9000 Tickets verkauft werden.

Das Projekt leidet aber darunter, dass bei den Touren nicht – wie in den meisten anderen Städten mit ähnlichem Angebot – die interessantesten Sehenswürdigkeiten gezeigt werden können, da der Bus nicht in die verkehrsberuhigte Innenstadt einfahren darf. So können die Gäste weder einen Blick auf das Rathaus noch auf das Münster werfen.

Behörden verweisen auf Parlament

Der Betreiber des Busses hat sich diesbezüglich an die zuständigen Behörden gewandt, jedoch die Antwort erhalten, dass eine Bewilligung nicht möglich sei. Der zuständige Departementsvorsteher hat durchblicken lassen, dass er einer Ausweitung des Rundfahrtenbetriebs nicht grundsätzlich negativ entgegenstehe, es für eine entsprechende Bewilligung aber eine erkennbare Willensäusserung des Grossen Rates bedürfe. Mit seiner Motion hat Häfliger nun eine entsprechende Willensäusserung erreicht. Im Vordergrund steht die Strecke Fischmarktbrunnen – Stadthausgasse – Marktplatz – Eisen-gasse – Schifflande. Auf dieser verkehren bereits Busse der BVB; ein zusätzlicher Bus alle



Der City-Bus soll künftig auf seiner Route auch den Blick aufs Rathaus und andere Sehenswürdigkeiten erlauben.

zwei Stunden würde zweifellos kaum als zusätzliche Belastung wahrgenommen. Auch ein Bus, der etwa von der Rittergasse her alle zwei Stunden auf den Münsterplatz fährt, würde das Konzept der verkehrsberuhigten Innenstadt in keiner Weise

aushebeln, aber für ein unternehmerisch sinnvolles Angebot sorgen.

Regierung lenkt ein

Bei beiden Motionen hat der Regierungsrat in seiner Antwort

eingelenkt. Er erklärt die Vorstösse für rechtlich in Ordnung und möchte sie erfüllen. Gemäss dem dafür vorgesehenen Verfahren werden die Motionen nun nochmals traktandiert und dem Regierungsrat entsprechend überwiesen. Zur Erfüllung

der Anliegen kann der Grosse Rat eine Frist setzen. Speziell bei der Motion zu den Wärmepumpen ist Eile angeagt. Viele Projekte liegen auf Eis und die Hauseigentümer warten zu, weil die Bewilligungshürden zu hoch sind.

Interessanter Anlass für Mitglieder und Freunde: Am 11. Juni: Das Kleinbasel - von Bierbrauer(innen), Schelmen und Ganoven

Keine Bier-Idee, aber eine Idee mit viel Information über das Bier, das Brauen und die Umgebung – hier das Kleinbasel – in dem Bier gebraut wird. All dies bietet der nächste Anlass für Mitglieder und Freunde der LDP am 11. Juni. Wir besuchen die Brauerei Ueli-Bier, degustieren dort das Gebraute und lassen uns in höchst amüsanten Form über die Geschichte des Biers informieren. Nicht weniger amüsant wird eine kurze Führung durch einige spezielle Ecken des Kleinbasels.

Treffpunkt ist die Gartenwirtschaft im Hof des Restaurants Linde an der Rheingasse 43. Ab 17.30 Uhr gibt es dort (natürlich) ein Begrüssungsbier. Und ab 18.00 Uhr geht es los mit dem Programm in drei Führungen, wobei alles so organisiert ist, dass alle Teilnehmenden alle drei Teile geniessen können.

waschechte Kleinbaslerin Maja Reichenbach entführt Sie nach draussen in die „Glettysegass“ und erzählt Ihnen auf amüsante Weise von Schelmen, Schurken und tüchtigen Weibern.

Der Anlass findet in Zusammenarbeit mit der Gruppe „Stadtführer Basel“ statt. Diese hat nicht umsonst das Motto „Wir rocken Geschichte“, ist man doch weit weg von dröger „Zah-

lebigerey“, aber umso näher an den Tränen – vor Lachen.

Und jetzt sind Sie dran – s het solange s het

Der Anlass ist natürlich für Sie kostenlos und endet kurz vor 20 Uhr. Wer möchte kann aber den Abend mit einem gemütlichen Essen im (notfalls gedeckten) Hof der Linde verlängern. Die LDP sorgt gerne für die nötige Zahl an Reservierungen. Fehlt nur noch eines: uns den ausgefüllten Talon auf der letzten Seite zukommen zu lassen

Brauereiführung

Zum einen ist da die Führung durch die Brauerei selbst. Erfahren Sie, wo und wie das Kleinbasler Kultbier gebraut wird. Der Braumeister Jürgen Pinke nimmt Sie höchstpersönlich mit an seine Wirkungsstätte und gibt einen Einblick in das tägliche Schaffen der lokalen Brauerei.

Basler Biergeschichte

Im Hof der „Linde“ wird uns die Geschichte des Biers in Basel nähergebracht. Der Historiker und Ägyptologe (!) Mike Stoll erzählt in seiner typischen humorvollen Weise, stets mit einem Augenzwinkern und wahrscheinlich auch mit einem Glas in der Hand. Da wird er nicht der Einzige sein: Die Gäste zapfen selbst ihr Bier und geniessen dieses mit einem währschaften „Braumeister-Plättli“.

Ab in d Gass

Im dritten Teil dürfen sich die Gäste etwas bewegen. Die

Spannendes LDP-Podium zu „No Billag“



Ein interessantes und durchaus kontroverses Podium fand am 6. Februar unter Leitung von LDP-Grossrat Heiner Vischer (3. v. l.) im Unternehmen Mitte über die Volksinitiative „No Billag“ statt. Als Teilnehmer diskutierten (v.l.n.r.): Niggi Ulrich, Vizepräsident SRG Deutschschweiz (Contra), SP-Nationalrat Beat Jans (Contra), Marcel Schweizer, Präsident des Gewerbeverbandes Basel-Stadt, (Pro) und SVP-Grossrat Patrick Hafner (Pro). Eröffnet wurde die Veranstaltung mit der Begrüssung durch LDP-Präsidentin Patricia von Falkenstein. Für Erstaunen sorgte Patrick Hafner, als er am Ende der Diskussion bekannt gab, dass er annehme, dass die Initiative abgelehnt werde. Er sollte Recht behalten. Foto: Philip Karger.

Glosse: Der Kanton ist nicht genug



von Grossrat André Auderset

„Schuster bleib bei Deinen Leisten!“, möchte man gewissen Parlamentariern im Basler Grossen Rat manchmal zurufen. Da hat dieses Gremium nun wirklich genug zu tun, müssen nebst den kantonalen Angelegenheiten doch mangels eines Stadtbasler Einwohnerrates oft auch kommunale Fragen geklärt werden. Was dazu führt, dass stundenlang über einen Fussgängerstreifen und über – ganz schwieriges Wort – Parkplätze diskutiert wird. Und doch gibt es einige, denen ist der Kanton nicht genug – es muss das nationale oder gar das internationale Parkett sein. Wen die Sehnsucht nach grösseren Fragen plagt, der reicht dann einen Antrag auf eine Standesinitiative ein. Laut einem früheren Chef der Bundeskanzlei ist das etwas, „was National- und Ständerat erst lesen müssen, bevor es in

den Papierkorb wandert“. Oder noch besser: Man macht dem Grossen Rat eine Resolution beliebt. Da muss man sich dann auch nicht auf die nationale Ebene beschränken. Nein, man gibt zum Verhalten von Trump, Erdogan, Assad oder Kim (Zutreffendes ankreuzen) seine Trauer, Bestürzung, Besorgnis (Nichtzutreffendes streichen) bekannt.

Wenn dann einige vernünftige Stimmen (ja, diejenigen der LDP gehören meist dazu!) schüch-

tern anmahnen, man sei im Grossratssaal, um über Dinge zu sprechen, welche unsere Einwohnerinnen und Einwohner direkt betreffen und die man auch wirklich beeinflussen könne, wird mit der Moralkeule niedergestreckt und mit dem immer passenden Satz erledigt: „Wir müssen ein Zeichen setzen!“ Und so wird etwa im April eine Resolution zu Syrien verabschiedet – und die Befürworter der wohlfeilen Worte lehnen sich zufrieden zurück, denn: Jawoll, das wird Erdogan oder Assad oder Putin (Zielperson dick unterstreichen!) nun eine Lehre sein...

Christoph Eymann beim Sächsilüüte



PP
4010 Basel

Liberal

Forum für liberale Politik
in der Region Basel

Mai 2018

Preis
Einzelpreis CHF 4.00,
Jahresabonnem CHF 18.00

Auflage
1'400 Exemplare
erscheint 4-6 Mal jährlich

Herausgeberinnen
LDP Basel-Stadt
LDP Riehen/Bettingen
Jungliberale Basel

Redaktion
André Auderset

Redaktionsadresse
Elisabethenanlage 25
4010 Basel
T 061 272 12 36
F 061 272 17 43
andre.auderset@ldp.ch

Inserate
Elisabethenanlage 25
4010 Basel
T 061 272 12 36
F 061 272 17 43

Herstellung
Gremper AG, Basel/Pratteln

Mitgliederanlass „Bier und mehr“ am 11. Juni

O Ja, da bin ich dabei

... Anzahl Personen

O und ich möchte gleich für Personen zum Abendessen reservieren

.....
Name und Vorname

.....
Adresse

Bitte bis 4. Juni einsenden an die rechts angegebene Adresse der LDP-Geschäftsstelle oder via info@ldp.ch.